

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenbund
und tarifunion



3 | 2026

73. Jahrgang

Bundesgewerkschaftstag in Vorbereitung



Foto: BSBD

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug
**VOLLZUG.
SICHERHEIT.
ZUKUNFT.**
STARK FÜR DEN STRAFVOLLZUG
HEUTE. | MORGEN. | GEMEINSAM.

Heilfürsorge im Strafvollzug –
als bundesweiter Standard vom BSBD
weiterhin gefordert

The top of security.

SECURITY
MADE IN
GERMANY
1883

STUV

Webinar
KRITIS Dachgesetz



<https://kritis-dg.stuv.de>

SMART ACCESS SOLUTIONS

Clevere Zutrittskontrolle für Betreiber kritischer Infrastrukturen

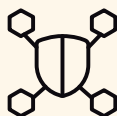
PYLOCKX® steht für hochverfügbare Schließtechnik in sicherheitskritischen Anwendungen. Das System gewährleistet zuverlässigen Schutz auch unter Extrembedingungen. Durch den Verzicht auf eine Stromversorgung im Schloss bleibt PYLOCKX® selbst im Blackout uneingeschränkt funktionsfähig – für maximale Betriebssicherheit und permanente Verfügbarkeit.

PYLOCKX® überzeugt durch



BATTERIELOS & WARTUNGSARM:

- offline und autark - PYLOCKX® arbeitet auch dann noch, wenn Handy oder Stromnetz ausfallen.
- Effizienter Betrieb auch an schwer zugänglichen Standorten.



FLEXIBEL EINSETZBAR:

- Retrofit-kompatibel
- Customized-Lösungen
- Mieten statt kaufen



Mehr erfahren!



PYLOCKX Smart Access Solutions

Mitglied im
dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der
Unabhängigen Gewerkschaften
(CESI)



Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender		
Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinstede · post@bsbd.de	

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Sven Rösler	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Sascha Möbius	sascha.moebius@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Sascha Klein	sa.klein@jvasb.justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Henry Malonn	malonn@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 4+5 - 2026: ►►► 11. September 2026

ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 4+5 - 2026: ►►► 15. Oktober 2026

BUNDESHAUPTVORSTAND

Heilfürsorge im Strafvollzug als
bundesweiter Standard vom BSBD
weiterhin gefordert **4**

Gewerkschaftstag in Berlin **5**

Vorankündigung
Bundesgewerkschaftstag in Potsdam **5**

Bundesfrauenkongress **6**

Bundesjugendausschuss **7**

Bundesseniorenausschuss in Landau **9**



TdL zieht gegen Gewerkschaften
vor Gericht **10**

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg **14**

Bayern **27**

Berlin **31**

Brandenburg **39**

Bremen **42**

Hamburg **44**

Hessen **51**

Mecklenburg-Vorpommern **63**

Niedersachsen **68**

Nordrhein-Westfalen **71**

Rheinland-Pfalz **87**

Saarland **94**

Sachsen **98**

Sachsen-Anhalt **101**

Schleswig-Holstein **106**

Thüringen **114**

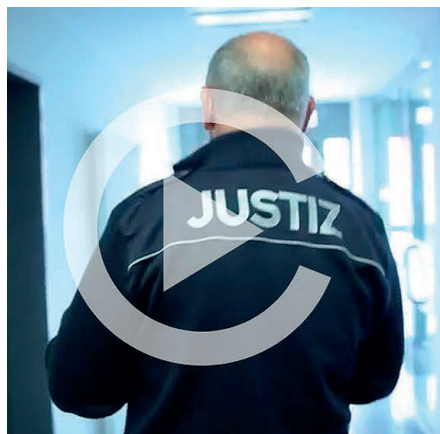
Impressum **114**



BSBD

Eine starke Gewerkschaft

Der **BSBD** vertritt
deutschlandweit
die Interessen von mehr als
**25.000 Beamten und
Tarifbeschäftigten**



Der Verband
ist eigenständig und
unter dem Dach des
**Deutschen Beamtenbunds
organisiert**

Der **Bund der Strafvollzugsbediensteten** vertritt, unter dem Dach des **dbb**, bundesweit die Interessen der 38.000 Bediensteten im Justizvollzug. Er ist mit rund 25.000 Mitgliedern die größte gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im Justizvollzug der Bundesrepublik Deutschland.

Der **BSBD**, der rund 70 Prozent aller Strafvollzugsbediensteten gewerkschaftlich organisiert, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen des Strafvollzuges und die der Kolleginnen und Kollegen wirksam zu vertreten, damit diese nicht von der Politik übersehen werden können.

Ein hoher Organisationsgrad und die bundesweite Bündelung und Vernetzung der Gewerkschaftsarbeit ist für die effektive Vertretung der Belange der Kolleginnen und Kollegen unerlässlich, um öffentlich Gehör zu finden.

„Um einer interessierten Öffentlichkeit, aber auch den Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln, dass eine starke und eigenständige gewerkschaftliche Interessenvertretung unverzichtbar ist, hat der **BSBD** einen **Imagefilm** erstellt, der sowohl einen Einblick in den Vollzug gewährt als auch das Erfordernis zur solidarischen Wahrnehmung der eigenen Interessen betont.

Der **Imagefilm** kann unter **www.bsbd.de** aufgerufen werden.

**Der BSBD ist die größte gewerkschaftliche Interessenvertretung
der Strafvollzugsbediensteten in Deutschland**



Finanztipp Ihrer BBBank

Welche Rate kann ich mir leisten? So rechnen Sie richtig – und realistisch

Sie spielen mit dem Gedanken an eine eigene Immobilie? Finden Sie mit der Haushaltsrechnung heraus, welche Rate zu Ihren Einnahmen und Ausgaben passt.

Für die einen ist es der kreative Freiraum, für andere die Sicherheit eines eigenen Heims oder ein Garten mit Hochbeet – nach Jahren des Mietens und Sparens stellen sich viele Menschen die Frage: Ist jetzt der richtige Zeitpunkt für einen Hauskauf? Und wie viel kann ich mir leisten, ohne mich finanziell zu übernehmen? Die Haushaltsrechnung gibt Käuferinnen und Käufern Sicherheit.

Warum die Haushaltsrechnung so wichtig ist

Eine Baufinanzierung begleitet Sie meist über viele Jahre. In dieser Zeit kann sich viel verändern: beruflich, familiär oder wirtschaftlich. Wer von Anfang an ehrlich rechnet, schafft sich einen Puffer für Unvorhergesehenes.

Die Haushaltsrechnung hilft dabei:

- Ihre finanzielle Leistungsfähigkeit realistisch einzuschätzen
- Eine tragfähige monatliche Kreditrate zu bestimmen
- Langfristige Planbarkeit zu schaffen

Haushaltsrechnung aufstellen: so funktioniert's

Schritt 1: Alle monatlichen Einnahmen erfassen

Am Anfang steht die einfache, aber entscheidende Frage: Was kommt monatlich wirklich rein? Zu den regelmäßigen

Einnahmen zählen unter anderem:

- Nettoeinkommen aus selbstständiger/nichtselbstständiger Tätigkeit
- Kindergeld
- Mieteinnahmen
- Unterhaltszahlungen
- Regelmäßige Bonuszahlungen oder Provisionen (anteilig berechnet)

Sinnvoll ist ein konservativer Ansatz. Variable Bestandteile, wie leistungsabhängige Boni, sollten nicht zu optimistisch angesetzt werden. Rechnen Sie lieber mit einem durchschnittlichen Wert.

Schritt 2: Ausgaben vollständig berücksichtigen

Hier liegt für viele der größte Aha-Moment. Denn insbesondere variable Kosten finden oft zu wenig Beachtung.

Fixe monatliche Kosten sind z. B.:

- Miete
- Versicherungen
- Strom, Heizung, Wasser
- Internet und Mobilfunk
- Abonnements und Streamingdienste
- Kinderbetreuung
- Leasing- oder Kreditraten

Diese Ausgaben sind relativ gut planbar – sie bilden das Fundament Ihrer Haushaltsrechnung.

Variable monatliche Kosten sind z. B.:

- Lebensmittel

- Freizeitaktivitäten
- Kleidung
- Urlaube
- Rücklagen für Reparaturen oder Anschaffungen

Ein Blick auf die Kontoauszüge der letzten drei bis sechs Monate schafft hier Klarheit. So erkennen Sie, wie viel Spielraum wirklich vorhanden ist.

Kosten neben der Kreditrate

Viele Menschen schauen bei der Finanzierung vor allem auf Zins und Rate im Hier und Jetzt. Doch Eigentum bringt mittel- und langfristige Kosten mit sich, die von Anfang an berücksichtigt werden sollten. Das betrifft zum Beispiel Versicherungsbeiträge oder Aufwendungen für Instandhaltungen.

Auch Einmalausgaben (z. B. für die Einbauküche) sowie Preissteigerungen für Baumaterialien und Handwerker spielen dabei eine Rolle. Insgesamt sollten Sie für unvorhergesehene Ausgaben einen Puffer in Höhe von zehn Prozent des Kaufpreises einplanen.

Diese Ausgaben werden häufig unterschätzt

- **Hausgeld – Extraposten bei Eigentumswohnungen:** Das Hausgeld ist der monatliche Betrag, den Sie nach dem Kauf einer Eigentumswohnung an die Eigentümergemeinschaft zah-

len. Es fällt zusätzlich zur Kreditrate an und deckt die laufenden Kosten des gemeinschaftlichen Eigentums ab. Das Hausgeld umfasst in der Regel Betriebskosten (z. B. Wasser, Müllentsorgung, Hausmeister), Verwaltungskosten, Gemeinschaftsstrom, Gebäudeversicherungen und Beiträge zur Instandhaltungsrücklage. Letztere wird von der Eigentümergemeinschaft angespart, um größere Reparaturen – etwa am Dach oder an der Fassade – finanzieren zu können. Käuferinnen und Käufer sollten prüfen: Wie hoch ist die vorhandene Rücklage? Sind größere Sanierungen geplant?

- **Eigenheim – kein Hausgeld, dafür Eigenverantwortung:** Wenn Sie ein freistehendes Haus kaufen, zahlen Sie kein Hausgeld. Dafür tragen Sie die Verantwortung vollständig selbst. Dach, Heizung, Fenster, Fassade oder Außenanlagen: Mit der Zeit fallen Reparaturen und Modernisierungen an. Eine Faustregel lautet, monatlich 1 bis 2 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche als Rücklage einzuplanen.
- **Energie- und Nebenkosten – Unterschiede zwischen Altbau und Neubau:** Altbauten sind beim Kauf oft günstiger, können im Alltag aber durch höhere Nebenkosten mehr ins Geld gehen als ein Neubau. In neueren Gebäuden sorgen moderne Dämmung, neue Fenster und effiziente Heizsysteme dafür, dass weniger Energie verloren geht und die monatlichen Kosten niedriger sind. In einem Altbau „entweicht“ die Wärme dagegen schneller, sodass mehr geheizt werden muss – das macht sich auf der Rechnung bemerkbar.
- **Absicherung für Unvorhergesehenes:** Wohngebäudeversicherung, Hausratversicherung und Privathaftpflichtversicherung sind essenziell. Je nach Lage kann auch eine Elementarschadenversicherung ratsam sein, etwa bei Risiko für Hochwasser. Darüber hinaus können Rechtsschutz- und Lebensversicherungen die persönliche Absicherung sinnvoll ergänzen. Überlegen Sie die Kosten und kalkulieren Sie diese in Ihre Planung ein.
- **Laufende Kosten durch die Grundsteuer:** In Deutschland liegt die

Grundsteuer grob zwischen etwa 200 und 1.000 Euro pro Jahr, kann aber je nach Objekt und Lage abweichen. Die Höhe hängt zum Beispiel vom Grundsteuerwert und der Grundstücksgröße ab. Auch der Hebesatz der jeweiligen Gemeinde hat großen Einfluss und unterscheidet sich regional stark.

Wie viel Rate ist gesund?

Die monatliche Rate für eine Baufinanzierung sollte ein Drittel des Nettoeinkommens nicht übersteigen. Doch: Jede Lebenssituation ist anders. Entscheidend sind individuelle Fragen wie:

- Planen Sie Kinder?
- Steht ein Jobwechsel an?
- Wie viel Spielraum soll weiterhin für Urlaub, Hobbys und spontane Ausgaben bleiben?
- Wollen Sie Ihren Kredit besonders schnell tilgen?

Eine höhere Tilgung verkürzt beispielsweise die Laufzeit und reduziert die Gesamtzinskosten, erhöht aber auch die monatliche Belastung. Hier gilt es, die richtige Balance zwischen Tempo und Lebensqualität zu finden

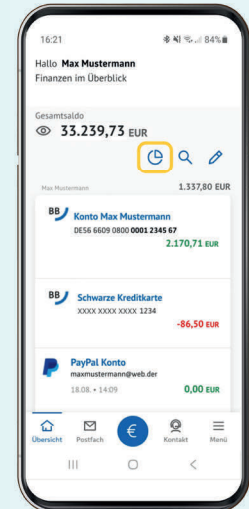
Eigenkapital: Sicherheitspuffer statt Komplett-Einsatz

Eigenkapital spielt bei der Baufinanzierung eine zentrale Rolle. Dennoch ist es selten sinnvoll, sämtliche Rücklagen in die Immobilie zu investieren.

Grundsätzlich gilt:

- Mindestens die Kaufnebenkosten (z.B. Grunderwerbsteuer, Notar- und Grundbuchkosten) sollten durch Eigenkapital gedeckt sein.
- Ein höherer Eigenkapitalanteil verbessert die Finanzierungskonditionen.
- Drei bis sechs Monatsgehälter sollten als frei verfügbare Reserve bleiben – für unerwartete Ereignisse wie Reparaturen oder Einkommensrückgänge.
- Vermögen breit aufstellen erhöht die Sicherheit: Ein Teil der Ersparnisse sollte in Anlagen wie Festgeld, ETF oder Aktien investiert bleiben.

Tipp: Haushaltsbuch in der BBBank-App



Der FinanzLotse erfasst automatisch Einnahmen und Ausgaben und ordnet Ihre Umsätze Kategorien wie Mobilität, Lebensmittel oder Versicherungen zu.

So sehen Sie auf einen Blick, wie viel Geld Sie pro Monat für einzelne Bereiche ausgeben – einfacher geht's nicht. Der kostenlose Service ist Teil der BBBank-BankingApp.

Wir beraten Sie gern

Gemeinsam finden wir heraus:

- welche Finanzierung langfristig tragfähig ist
- welche Tilgungsstrategie Ihre Ziele unterstützt
- wie Sie sich auf Zinsänderungen vorbereiten können
- und wie groß Ihr Sicherheitspuffer sein sollte

Denn Better Banking bietet eine Lösung, die heute und in Zukunft zu Ihrem Leben passt.

Infos und Ansprechpartner unter:
bbbank.de/oeffentlicher-dienst

Mehr Schutz für den Justizvollzug jetzt:

Vereinfachte Auskunftssperre endlich umsetzen

Wir stellen mit wachsender Besorgnis fest, dass es in Hamburg bis heute keine praktikable und vereinfachte Möglichkeit gibt, eine Auskunftssperre für Beschäftigte im Justizvollzug zu erlangen. Aus unserer Sicht ist das ein unhaltbarer Zustand. Während sich die Gefährdungslage für unsere Kolleginnen und Kollegen seit Jahren verschärft und insbesondere durch die zunehmende Digitalisierung neue Dimensionen erreicht hat, bleibt der Schutz persönlicher Daten deutlich hinter den tatsächlichen Anforderungen unseres Berufsalltags zurück.

Zwar besteht mit dem Bundesmeldegesetz grundsätzlich die Möglichkeit, eine Auskunftssperre zu beantragen. Diese setzt jedoch voraus, dass im Einzelfall eine konkrete Gefahr für Leben, Gesundheit oder persönliche Freiheit glaubhaft gemacht wird. Genau hier liegt das Problem. Wir erleben tagtäglich, dass die Arbeit im Justizvollzug mit einem strukturellen Risiko verbunden ist. Der Umgang mit zum Teil hochbelasteten und gewaltbereiten Inhaftierten bringt zwangsläufig Konfliktlagen mit sich. Bedrohungen, Einschüchterungsversuche und das gezielte Ausforschen persönlicher Daten sind keine Einzelfälle, sondern Teil der Realität vieler Beschäftigter. Dennoch werden unsere Kolleginnen und Kollegen gezwungen, diese Gefährdung immer wieder individuell nachzuweisen, um überhaupt Schutz zu erhalten. Das ist aus unserer Sicht weder zeitgemäß noch angemessen.

Hinzu kommt, dass die bestehenden Regelungen mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden sind und regelmäßig erneuert werden müssen. Das bedeutet konkret, dass diejenigen, die ohnehin unter anspruchsvollen Bedingungen arbeiten, zusätzlich mit aufwendigen Verwaltungsverfahren belastet werden, nur um ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten. Wir halten das für einen klaren Missstand.

Besonders unverständlich ist für uns, dass es bislang weder in Hamburg noch auf Bundesebene eine tragfähige Lösung gibt, die diesem Problem gerecht wird. Auch das Bundesministerium der Justiz hat es bisher nicht geschafft, eine Regelung zu entwickeln, die von den Bundesländern

übernommen werden kann und die den besonderen Schutzbedürfnissen von Beschäftigten im Justizvollzug Rechnung trägt. Damit bleibt es bei einem uneinheitlichen Vorgehen, das in Hamburg faktisch zu einem Stillstand geführt hat.

Für uns ist klar, dass es sich hierbei nicht um eine Detailfrage handelt, sondern um eine grundlegende Frage der Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Wer im Justizvollzug arbeitet, übernimmt Verantwortung für Sicherheit und Ordnung in unserer Gesellschaft. Diese Verantwortung endet nicht mit dem Dienstschluss. Wenn persönliche Daten ohne großen Aufwand zugänglich sind, entsteht ein reales Risiko für die Beschäftigten und ihre Familien. Dieses Risiko darf der Staat nicht ignorieren.

Wir fordern daher nachdrücklich die Einführung einer vereinfachten und praxist-

auglichen Auskunftssperre in Hamburg, die allen im Justizvollzug tätigen Personen zugutekommt. Diese muss ohne aufwendige Einzelfallprüfung möglich sein und den besonderen Bedingungen unseres Berufs gerecht werden. Gleichzeitig erwarten wir, dass auf Bundesebene endlich die Voraussetzungen für eine einheitliche Lösung geschaffen werden, damit nicht länger jedes Bundesland für sich allein nach Antworten suchen muss.

Wir werden uns weiterhin mit Nachdruck für die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Denn für uns steht fest, dass Sicherheit nicht an der Anstaltstür endet. Wer täglich für den Rechtsstaat einsteht, hat auch Anspruch auf wirksamen Schutz im privaten Umfeld.

Sascha Möbius



Neue Wege gehen:

Das Videospiel zur Personalgewinnung im Hamburger Justizvollzug als Chance

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Freie und Hansestadt Hamburg bei der Personalgewinnung im Justizvollzug neue und innovative Wege geht. Mit der Entwicklung eines Videospiels wird ein moderner Ansatz verfolgt, der insbesondere jüngere Zielgruppen anspricht und einen ersten niedrigschwelligen Zugang zu einem oft wenig bekannten Berufsfeld ermöglicht. Aus unserer Sicht ist das ein wichtiger und richtiger Schritt, um dem steigenden Personalbedarf im Justizvollzug aktiv zu begegnen.

Ein solches digitales Angebot kann dazu beitragen, Interesse zu wecken und Berührungängste abzubauen. Viele Menschen haben bislang nur vage Vorstellungen davon, was die Arbeit im Justizvollzug tatsächlich ausmacht. Ein interaktives Format bietet hier die Möglichkeit, erste Einblicke zu vermitteln und Neugier zu fördern. Ge-

rade in einer Zeit, in der sich Kommunikationswege und Mediennutzung stark verändert haben, ist es sinnvoll, auch in der Nachwuchsgewinnung neue Formate einzusetzen.

Wir sehen darin eine echte Chance, den Beruf sichtbarer zu machen und mehr Menschen für diese verantwortungsvolle Tätigkeit zu gewinnen. Wenn es gelingt, zentrale Elemente des Arbeitsalltags realistisch darzustellen, kann ein solches Spiel dazu beitragen, ein besseres Verständnis für die Anforderungen und die Bedeutung des Justizvollzugs zu schaffen. Damit wird nicht nur geworben, sondern auch aufgeklärt.

Gleichzeitig ist uns wichtig zu betonen, dass ein solches Projekt nur der Anfang sein kann. Ein Videospiel allein wird die Personalgewinnung im Justizvollzug nicht nachhaltig sichern. Es braucht im Anschluss

konsequent weitere Maßnahmen, die auf dem geweckten Interesse aufbauen. Dazu gehört vor allem, die bereits bestehenden Aktivitäten weiter zu stärken und sinnvoll zu verzahnen. Dass der Justizvollzug bereits auf Messen präsent ist, ist ein wichtiger und richtiger Baustein. Genau hier sehen wir großes Potenzial, das Videospiel gezielt einzubinden, um Interessierte direkt anzusprechen und in persönliche Gespräche zu bringen.

Darüber hinaus braucht es weiterhin klare und leicht zugängliche Informationsangebote, Möglichkeiten für Praktika sowie den direkten Austausch mit erfahrenen Kolleginnen und Kollegen. Nur wenn Interessierte nach dem ersten digitalen Kontakt konkrete und greifbare Einblicke erhalten, kann aus anfänglicher Neugier auch eine bewusste Berufsentscheidung werden.

Aus gewerkschaftlicher Sicht erkennen wir an, dass mit diesem Projekt ein wichtiges Signal gesetzt wird. Es zeigt, dass die Herausforderungen im Justizvollzug ernst genommen werden und aktiv nach neuen Lösungen gesucht wird. Dieses Engagement muss nun konsequent fortgeführt und weiterentwickelt werden. Eine moderne Ansprache und kontinuierliche Nachwuchsarbeit müssen Hand in Hand gehen mit attraktiven Rahmenbedingungen im Beruf selbst.

Wir werden diesen Weg konstruktiv begleiten und unterstützen Maßnahmen, die dazu beitragen, den Justizvollzug als attraktiven Arbeitgeber zu präsentieren. Für uns steht fest, dass innovative Ideen wie dieses Videospiel ein sinnvoller Einstieg sein können. Entscheidend ist jedoch, dass darauf aufgebaut wird und die Personalgewinnung langfristig und ganzheitlich gedacht wird.

Der Justizvollzug verdient Aufmerksamkeit und Anerkennung. Wenn es gelingt, diese durch neue Formate zu stärken und zugleich nachhaltig weiterzuentwickeln, ist das ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Die Landesleitung ■

Jahrzehnte im Dienst und dann vergessen?

Ich sehe mit Sorge, dass viele Pensionärinnen und Pensionäre nach ihrem Eintritt in den Ruhestand zunehmend das Gefühl haben, aus dem Blickfeld des Dienstherrn zu geraten. Dabei handelt es sich um Kolleginnen und Kollegen, die über Jahrzehnte hinweg unter schwierigen Bedingungen ihren Dienst geleistet haben. Sie haben Schichtdienst versehen, psychische Belastungen getragen, Gewalt erlebt und Verantwortung übernommen. Viele haben ihre Gesundheit im Dienst für die Allgemeinheit eingesetzt. Umso wichtiger wäre es, dass der Dienstherr auch im Ruhestand ein klares Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung setzt.

Doch genau daran fehlt es vielerorts.

Während aktive Beschäftigte mittlerweile verschiedene Angebote zur Gesundheitsförderung nutzen können, bleiben Pensionärinnen und Pensionäre häufig außen vor. Ein Beispiel dafür ist der EGYM Wellpass der Freien und Hansestadt Hamburg. Beschäftigte der Stadt erhalten Zugang zu einem umfangreichen Netzwerk aus Fitness und Wellnessangeboten zur Gesundheitsförderung. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger profitieren hiervon jedoch nicht.

Gerade ehemalige Vollzugsbedienstete wären auf solche Angebote dringend angewiesen. Bewegung, Prävention und

soziale Teilhabe tragen wesentlich dazu bei, gesundheitliche Folgen aus jahrzehntelangem Schichtdienst und belastenden Einsatzsituationen abzumildern. Stattdessen entsteht bei vielen Pensionären der Eindruck, dass Gesundheitsförderung mit dem letzten Arbeitstag endet.

Hinzu kommt, dass auch zahlreiche Vergünstigungen und Vorteile, die während des aktiven Dienstes selbstverständlich waren, im Ruhestand wegfallen oder nur eingeschränkt nutzbar sind. Viele ehemalige Kolleginnen und Kollegen berichten davon, dass sie sich nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst deutlich weniger angebunden fühlen. Dabei endet die Zugehörigkeit zum Strafvollzug nicht mit der Pensionierung. Wer jahrzehntelang Teil dieses Systems war, bleibt Teil dieser Gemeinschaft. Besonders unverständlich ist in diesem Zusammenhang auch der Zustand vieler Pensionärsausweise. Während moderne Dienstaussweise inzwischen zeitgemäß gestaltet werden, wirken manche Pensionärsausweise eher wie einfache Übergangsdokumente als wie ein würdiger Nachweis jahrzehntelanger Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Wer ein Berufsleben lang Verantwortung für Sicherheit und Ordnung getragen hat, hat etwas Besseres verdient als ein Dokument, das weder langlebig noch repräsentativ erscheint. Wertschätzung zeigt sich eben auch in solchen scheinbar kleinen Dingen.



Auch finanziell wächst bei vielen Versorgungsempfängern die Unsicherheit. Zwar werden Tarifabschlüsse und Besoldungsanpassungen grundsätzlich häufig auf Versorgungsempfänger übertragen, dennoch entsteht bei vielen Pensionären der Eindruck, dass ihre Interessen politisch deutlich weniger Beachtung finden als die der aktiven Beschäftigten. Gerade in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten, höherer Energiepreise und wachsender Gesundheitskosten spüren viele Ruhestandsbeamte erhebliche Belastungen.

Hinzu kommt eine gesellschaftliche Debatte, in der Beamtinnen und Beamte zunehmend pauschal als privilegiert dargestellt werden. Wer jedoch mit Pensionären aus dem Strafvollzug spricht, hört häufig etwas anderes. Viele berichten von gesundheitlichen Einschränkungen, Belastungsfolgen aus Jahrzehnten im Vollzugsdienst und der Sorge, dass ihre Lebensleistung politisch und gesellschaftlich immer weniger Anerkennung findet.

Dabei darf Fürsorge nicht mit dem Eintritt in den Ruhestand enden. Die Verantwortung des Dienstherrn besteht auch gegenüber denjenigen fort, die den Strafvollzug über Jahrzehnte getragen haben. Ein moderner öffentlicher Dienst muss deshalb nicht nur die aktiven Beschäftigten im Blick behalten, sondern auch seine Pensionärinnen und Pensionäre.

Dazu gehört eine echte Einbindung ehemaliger Kolleginnen und Kollegen, eine bessere Gesundheitsförderung auch im Ruhestand, moderne und würdige Pensionärsausweise sowie eine verlässliche Übertragung von Besoldungs und Tarifentwicklungen auf die Versorgungsempfänger.

Denn eines darf niemals vergessen werden. Unsere heutigen Pensionäre haben den Strafvollzug von heute überhaupt erst möglich gemacht. Sie verdienen Respekt, Anerkennung und eine Fürsorge, die diesen Namen auch wirklich verdient.

Sascha Möbius

Zwischenbericht zur erfolgreichen Modernisierung des Justizvollzugs

Die aktuellen Entwicklungen im Justizvollzug zeigen deutlich: Unsere Einrichtungen befinden sich mitten in einem historischen Modernisierungsprozess. Während andere Branchen noch mühsam nach Einsparpotenzialen suchen, hat der Vollzug längst bewiesen, dass sich selbst komplexe Aufgaben mit immer weniger Personal hervorragend bewältigen lassen.

Besonders erfreulich ist dabei die stetige Erweiterung des Aufgabenbereichs der Bediensteten. Kolleginnen und Kollegen übernehmen inzwischen nicht nur Sicherheitsaufgaben, sondern gleichzeitig Tätigkeiten als Psychologen, Sozialarbeiter, Konfliktmanager, IT-Fachkräfte, Brandschutzbeauftragte, Handwerker und gelegentlich auch Seelsorger. Die Gewerkschaft begrüßt diese Entwicklung ausdrücklich, schließlich fördert Mehrfachbelastung die persönliche Entfaltung.

Auch die Dienstplanung wurde den modernen Anforderungen angepasst. Frühere Modelle mit ausreichender Personaldecke gelten inzwischen als veraltet und wenig dynamisch. Heute setzt man erfolgreich auf das Prinzip der spontanen Flexibilität. Dienste entstehen teilweise erst in Echtzeit, wodurch Beschäftigte die Möglichkeit erhalten, ihren Feierabend immer wieder neu kennenzulernen.

Nicht vergessen werden darf dabei die Verwaltung, die den täglichen Ausnahmezustand mit bewundernswerter Ruhe begleitet. Auch dort zeigt sich die moderne Entwicklung deutlich. Mit immer weniger Personal werden immer mehr Vorgänge bearbeitet, Fristen überwacht und Tabellen gepflegt. Teilweise gelingt es den Kolleginnen und Kollegen sogar gleichzeitig ans Telefon zu gehen, E-Mails zu beantworten und dabei noch zu erklären, warum bestimmte Anträge leider noch nicht abschließend bearbeitet werden konnten.

Besonders beeindruckend bleibt die digitale Entwicklung. Während Programme gelegentlich beschließen, den Arbeitstag eigenständig zu entschleunigen, beweisen die Beschäftigten in der Verwaltung täglich höchste Flexibilität. Kein anderes Arbeitsumfeld verbindet technische Überraschungen, personelle Engpässe und spontane Prioritätsänderungen derart effizient miteinander.

Auch das Verhältnis zwischen Vollzug und Verwaltung entwickelt sich positiv. Beide Bereiche eint mittlerweile dieselbe Erkenntnis: Sobald irgendwo Personal fehlt, handelt es sich offiziell um eine „vorübergehende Belastungssituation“, die erfahrungsgemäß nur wenige Jahre andauert. Besonders aktiv zeigt sich die gesamte Behörde im Bereich der modernen Wert-



schätzungskultur. Regelmäßige Rundmails erinnern die Kolleginnen und Kollegen zuverlässig daran, dass ihr Einsatz gesehen wird und man die aktuelle Belastung selbstverständlich nicht als Dauerzustand betrachtet. Diese sorgen dabei für ein angenehmes Gefühl zwischen Motivation, Durchhaltevermögen und leichtem Realitätsverlust.

Auch im Bereich Anerkennung setzt man weiterhin auf bewährte Traditionen. So erhalten Kolleginnen und Kollegen nach jahrzehntelangem Einsatz regelmäßig Urkunden, die mit beeindruckender zeitlicher Präzision oftmals nur wenige verspätet überreicht werden. Dieses besondere Maß an Spannung sorgt dafür, dass Ehrungen niemals vorhersehbar werden und Beschäftigte bis kurz vor der Pensionierung die berechtigte Hoffnung behalten dürfen, eventuell doch noch gewürdigt zu werden. Besonders hervorzuheben sind dabei verspätete Ernennungen, die inzwischen fest zur behördlichen Kultur gehören. Beförderungen erfolgen mit einer wohltuenden Ruhe, die den Betroffenen ausreichend Zeit gibt, charakterlich zu reifen und finanzielle Erwartungen rechtzeitig auf ein realistisches Niveau abzusenken. Nicht selten entsteht dadurch das seltene Gefühl, gleichzeitig überrascht und historisch geehrt zu werden.

Insider berichten sogar von einzelnen Dienststellen, in denen bereits funktionierende Kugelschreiber bereitgestellt wurden. Dies unterstreicht eindrucksvoll die klare Botschaft der Behörde: Wertschätzung ist keine Frage des Geldes, sondern vor allem der Symbolik.

Der Krankenstand bleibt unterdessen stabil hoch und beweist damit eindrucksvoll die enorme Einsatzbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen. Viele Beschäftigte erscheinen inzwischen aus purer Solidarität krank zum Dienst, um den Ausfall anderer zu kompensieren. Dieser Teamgedanke verdient höchste Anerkennung und ersetzt beinahe eine Gesundheitsstrategie.

Auch technisch schreitet der Fortschritt voran. Computer benötigen nur noch wenige Minuten zum Hochfahren, Funkgeräte funktionieren fast gleichzeitig, und Drucker überraschen regelmäßig mit spontanen Ruhephasen, die zur Entschleunigung des Arbeitsalltags beitragen.

Die Politik blickt daher optimistisch in die Zukunft. Sollte die Entwicklung anhalten,

könnte bereits bis 2030 der erste vollständig selbstverwaltete Hafthausbetrieb entstehen, betreut von zwei Beamten, drei Praktikanten, einer hoch motivierten Verwaltungskraft und einem gemeinsam genutzten Diensthandy.

Bis dahin danken wir allen Kolleginnen und Kollegen für ihre Belastbarkeit, ihre Geduld und ihre bemerkenswerte Fähigkeit, auf mehreren Baustellen gleichzeitig zu arbeiten, während sie telefonisch erklären, warum momentan niemand ans Telefon gehen kann.

Informationsnachmittag am 5. Mai 2026

Ausblick bis Ende Juli

Kürzlich traf sich eine Gruppe Kollegen im Restaurant Markt-König in der Rindermarkthalle, um aktuelle Themen und kommende Aktivitäten zu besprechen. Im Zentrum der Gespräche standen der Sachstand zur amtsangemessenen Alimentation, der Stand der Einkommensrunde TV-L, Neuigkeiten zu dem Seniorenticket sowie Vorschläge für die gewerkschaftlichen Aktivitäten.

Besonders deutlich wurde, dass Veröffentlichungen nicht immer beim ersten Versuch die gewünschte Resonanz erzielen — mitunter ist ein zweiter Anlauf nötig, um eine breitere Aufmerksamkeit zu erreichen. Aus dem anwesenden Kreis kam erneut viel Zuspruch zu den angebotenen Ausflügen; sie bleiben ein beliebtes und verbindendes Angebot für die Mitglieder.

Bis Ende Juli stehen daher

Der Vollzug bleibt zukunftsfähig.

Zumindest laut PowerPoint.

Zwischen Hafthaus, Humor und Hoffungslosigkeit.

Mit spitzer Feder und einem gesunden Maß an Sarkasmus, die Landesleitung. ■

eine Reihe von Aktivitäten an: Hervorzuheben ist die für den 21.07.2026 geplante Führung beim NDR in Hamburg Lokstedt, bei der die Fernsehstudios vom Hamburg Journal, NDR Info, Markt, DAS! und der NDR Talkshow gezeigt werden.

Die positive Rückmeldung zu den Ausflügen legt nahe, diese Angebote weiterhin aktiv zu bewerben und gegebenenfalls auszuweiten. ■



Foto: BSGD Hamburg

Bundesseniorensitzung in Landau/ Südpfalz

Rückblick zu dem Seminar vom 22. – 24. April 2026

Die Sitzung des BSBD – Bundes-Seniorenausschusses fand erneut bei gutem Wetter und bester Stimmung aller Seniorenvertreter der Bundesländer, diesmal in Landau statt. Nach der offiziellen Eröffnung der Sitzung durch den BSBD-Bundesseniorenvertreter Winfried Conrad berichtete er über die Seniorenpolitische Fachtagung im Oktober 2025 in Berlin sowie über die Sitzung des dbb Senioren-Hauptvorstandes am 14. und 15. April 2026 in Berlin.

Besonders hervorzuheben sind die Ausführungen von Horst Butschinek, dem stellvertretenden BSBD-Bundesvorsitzenden. Er sprach unter anderem über die Themen Tarifverhandlungen mit dem Abschluss und die Auskunftsperre. Außerdem wurde die bundespolitisch in Aussicht gestellte freiwillige Entlastungshilfe von 1000 Euro, die Unternehmen an ihre Arbeitnehmer zahlen können, thematisiert. Diese Punkte wurden von den Landesseniorenvertretern teils sehr kritisch bewertet.

Nach den Diskussionen zu diesen Themen folgten die Rechenschaftsberichte aus den Landesbereichen aller Seniorenvertreter. Daraus entwickelten sich konstruktive Gespräche, die mir wertvolle Hinweise für die Verbesserung meiner gewerkschaftlichen Arbeit in Hamburg gaben.

Als letzten Tagesordnungspunkt wurde über den nächsten Tagungsort im Jahr 2027 abgestimmt. Eisenach unterhalb der Wartburg erhielt die meisten Stimmen.

Ich danke der Seminarleitung und den Landesvertretern für diese hervorragend organisierte Veranstaltung in einer herzlichen und kollegialen Atmosphäre. ■



das ehemalige Gefängnis – jetzt Studentenwohnheim



das Schulungs- und Seminargebäude

Fotos (2): BSBD Hamburg

Aus dem Vollzug, für den Vollzug

BSBD

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

www.bsbd.de

Eine Vielzahl von Jubilaren

Neue Ehrungen ab April 2026

Auch 2026 konnte der Vorstand des LVHS zahlreiche Jubilare ehren. Den Auftakt bildete am 29. April '26 die Ehrung von Christa Friedrichs an ihrem Wohnort.

Die Vertreter des LVHS Vorstands, Sascha Möbius (Vorsitzender) und ich, überreichten ihr Präsent, Urkunde und Blumenstrauß zur Anerkennung ihrer 40 jährigen Mitgliedschaft. Christa berichtete dabei von ihrer 30-jährigen Dienstzeit in Glasmoor und erzählte Anekdoten aus dem Dienstalltag, sowie von ihren damaligen Kollegen.

Für die kommenden Wochen sind weitere Ehrungen geplant: Einige Mitglieder, die auf 40 oder 50 Jahre Zugehörigkeit zum Verband zurückblicken können, möchten ihre Auszeichnung in der häuslichen Umgebung und in persönlicher Atmosphäre, in Empfang nehmen.

Einige Mitglieder wünschen sich eine größere gemeinsame Veranstaltung für alle Jubilare. Jedoch sind noch organisatorische Abklärungen für einen reibungslosen Ablauf erforderlich. Ich werde weiter berichten.

Thomas Barendt
LVHS – Landessenioren-
vertreter



Ehrung von Christa Friedrichs

Foto-BSBD Hamburg

Ideenaufwurf für Seminare und Ausflüge 2027

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für das kommende Jahr möchten wir wieder interessante Seminare und gemeinsame Ausflüge organisieren. Dabei ist uns wichtig, Angebote zu schaffen, die euch wirklich interessieren und im Arbeitsalltag weiterhelfen.

Deshalb möchten wir eure Ideen und Wünsche hören:

Welche Themen würden euch bei Seminaren interessieren?

Zum Beispiel:

- Stressbewältigung und Gesundheit
- Verbeamtung – Abläufe und Regularien?
- Absicherung im Alter
- Energiewende & Förderdschungel

Welche Ausflüge oder Aktivitäten würdet ihr gut finden?

Zum Beispiel:

- Tagesfahrten
- Besichtigungen von anderen Anstalten
- Weihnachtsmarktbesuche
- Freizeitparks oder kulturelle Veranstaltungen

Eure Vorschläge und Anregungen sind ausdrücklich erwünscht. Gemeinsam können wir ein abwechslungsreiches und interessantes Programm für alle Kolleginnen und Kollegen gestalten.

Bitte reicht eure Ideen bis Ende Juli unter tina.klix@lvhs-hamburg.de ein.

Ich freue mich auf viele eurer Anregungen. Vielen Dank für eure Beteiligung!

Tina Klix



BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

WIR
stehen
zusammen!



Aus dem
Vollzug,
für den
Vollzug
BSBD

Bild: Miroletta Moller/peopleimages.com / stock.adobe.com

Mehr
Informationen:
www.bsbd.de

Starkes Vertrauen für den LVHS bei der Personalratswahl 2026 – Mit Rückenwind in die kommenden vier Jahre

Die Personalratswahl 2026 bei den Hamburger Justizvollzugsanstalten ist beendet. In der Zeit vom 20.04. bis 29.04.2026 haben zahlreiche Kolleg*innen ihre Stimme abgegeben und damit ein starkes Zeichen für Mitbestimmung, Solidarität und eine aktive Interessenvertretung gesetzt. Als Vorsitzende des Wahlvorstandes freue ich mich stellvertretend für den gesamten Wahlvorstand sehr über die gute Beteiligung und das große Interesse an der Wahl.

Gerade in Zeiten wachsender Herausforderungen im Justizvollzug zeigt sich, wie wichtig ein starker und engagierter Personalrat ist. Gute Arbeitsbedingungen, Gesundheitsschutz, gerechte Entwicklungsmöglichkeiten, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sowie ein respektvoller Umgang miteinander fallen nicht vom Himmel, sie müssen täglich vertreten, eingefordert und gemeinsam erarbeitet werden. Eine demokratisch gewählte Interessenvertretung ist dafür unverzichtbar.

Zu wählen waren insgesamt 13 Personalratsmitglieder, davon 10 Vertreterinnen der Beamtinnen und 3 Vertreterinnen der Arbeitnehmerinnen. Insgesamt wurden 470 Stimmen abgegeben. Davon entfielen 135 Stimmen auf die Gruppe der Arbeitnehmerinnen sowie 335 Stimmen auf die Gruppe der Beamtinnen.

Besonders erfreulich ist das starke Ergebnis des LVHS. In der Gruppe der Arbeitnehmer*innen gingen alle drei Sitze an den LVHS. Gewählt wurden Fenna Grehm (Stellv. Personalratsvorsitzende), Tina Klix und Michael Porath.

Auch in der Gruppe der Beamt*innen konnte der LVHS ein deutliches Ergebnis erzielen. Von insgesamt zehn Sitzen entfielen neun Sitze auf den LVHS und ein Sitz auf die GdP. Für den LVHS wurden René Müller (Personalratsvorsitzender), Sascha Möbius (Freigestellter Personalrat), Marcel Schoberth, Kai-Uwe Harms, Geza Krutky, Eileen Dammann, Patrick Zauner, Ute Schmidtchen und Janet Pätow gewählt.

Mein besonderer Dank gilt allen Kolleg*innen, die ihr Wahlrecht genutzt haben. Mit deiner Stimme stärkst du nicht

nur die Mitbestimmung, sondern auch die Position aller Beschäftigten gegenüber der Dienststelle. Jede Beteiligung an einer Personalratswahl ist ein klares Bekenntnis zu demokratischer Teilhabe im Arbeitsalltag und zu einer starken Gemeinschaft innerhalb des Vollzuges.

Ebenso danken wir allen Kandidatinnen, die bereit waren, Verantwortung zu übernehmen und sich für die Kolleginnen einzusetzen. Sich neben dem anspruchsvollen Arbeitsalltag zusätzlich gewerkschaftlich und personalrätlich zu engagieren, verdient großen Respekt. Ohne dieses Engagement würde Interessenvertretung nicht funktionieren.

Stellvertretend für den gesamten Wahlvorstand möchte ich mich außerdem bei allen Unterstützer*innen bedanken, die bei der Organisation und Durchführung der Wahl geholfen haben. Die Durchführung einer Personalratswahl bedeutet viel organisatorische

Arbeit und Verantwortung. Umso mehr freut es mich, dass die Wahl reibungslos, fair und kollegial durchgeführt werden konnte.

Wir vom LVHS freuen uns sehr über das Vertrauen, das ihr uns mit euren Stimmen entgegengebracht habt. Dieses Vertrauen verstehen wir als klaren Auftrag, uns auch in den kommenden vier Jahren konsequent, verlässlich und solidarisch für die Interessen der Beschäftigten einzusetzen. Gewerkschaftliche Arbeit lebt vom Zusammenhalt und genau dieser Zusammenhalt wurde bei dieser Wahl erneut deutlich sichtbar.

Vielen Dank für euer Vertrauen und eure Unterstützung!

Fenna Grehm

Tarifvertreterin & Vorsitzende des Wahlvorstandes der Personalratswahl 2026 ■





dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB
Bank
Better Banking

Die bessere Bank für den öffentlichen Dienst

Warum entscheiden, wenn alles geht?

Mit digitalen Services und persönlicher Beratung verbinden wir das Beste aus beiden Welten. Unser spezialisiertes Team für den öffentlichen Dienst begleitet Sie zuverlässig in jeder Lebensphase.

Ihre Vorteile als Gewerkschaftsmitglied

- ✓ Konto mit Startprämie und Kreditkarte zum Vorzugspreis
- ✓ Attraktive Geldanlagen und Investments
- ✓ Baufinanzierung mit Top-Konditionen
- ✓ Wunschkredit – schnell und günstig
- ✓ Bundesweites Filialnetz

Ihre regionale Ansprechpartnerin:

Antje Stets
0162 2730942
antje.stets@bbbbank.de

Angebote entdecken



bbbbank.de/dbb

